

## Neues zur Rentenüberleitung – in alter Verbundenheit und dennoch anders

Dr. Martina Bunge

Der Deutsche Bundestag hat nach der Wahl am 22. September letzten Jahres wieder mit seiner Arbeit begonnen und ich bin nicht mehr aktiv dabei.

Eine neue, andere Situation nach 25 Jahren aktiver Politik - beginnend 1990 mit den Forderungen der PDS für eine „Harmonisierung der Sozialsysteme“ im Prozess der deutschen Einheit, dann brachte mir die Analyse des Einigungsvertrages für unsere Abgeordneten der letzten Volkskammer eine unwiederbringliche Grundlage für alles Weitere - so 1991 die Begleitung des Rentenüberleitungsgesetzes (einschließlich AAÜG) in Bonn mit Protesten und folgenden Alternativen. Ab 1998 konnte ich als Ministerin bei den Sozialministerkonferenzen meinen Kolleginnen und Kollegen und im Bundesrat den Ministerpräsidenten aller Bundesländer deutlich machen, dass es Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen bei der Überführung der Alterssicherungen der DDR in das bundesdeutsche Rentensystem gibt und seit 2005 bekam der Bundestag durch die Fraktion DIE LINKE in jeder Legislaturperiode ein Paket von Anträgen zur grundlegenden Korrektur der Rentenüberleitung.

Am 23. Juni 2013 - bei der letzten Sitzung vor der Wahl-Sommerpause - schloss ich meine absehbar letzte Rede mit einer Aufforderung und einem Versprechen: „Wir sehen, ein riesiger Berg von Aufgaben, die in der nächsten Legislaturperiode zu erledigen sind, liegt vor uns. Dazwischen erfolgen ... die Wahlen. Wir alle wissen nicht genau, wie sie ausgehen werden, und so weiß auch ich nicht genau, ob ich hier noch einmal sprechen kann. Ich möchte Ihnen und vor allen Dingen auch allen, die zuhören, deshalb sagen: Solange ich denken kann, solange mein Herz schlägt, werde ich für Gerechtigkeit in Sachen Rentenüberleitung kämpfen. Die Lebensleistung Ost muss anerkannt werden!“

Dazu stehe ich und habe angeboten, die neue Fraktion der Linken zu beraten, wie sie unter den neuen Bedingungen der Großen Koalition agieren könnte.

Doch von keinem der Koalitionspartner ist ernsthaft etwas Grundlegendes zu erwarten.

Das widerspiegelt sich bereits in der Koalitionsvereinbarung, wo kryptisch das - von vielen mit Hoffnungen beladene - „Rentenüberleitungsabschlussgesetz“ zu einer Überprüfungsklausel der Angleichung der Rentenwerte Ost an West verkommt.

Zitat: Angleichungsprozess Ost-West fortsetzen:

*Der Fahrplan zur vollständigen Angleichung, gegebenenfalls mit einem Zwischenschritt, wird in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz festgeschrieben: Zum Ende des Solidarpaktes, also 30 Jahre nach Herstellung der Einheit Deutschlands, wenn die Lohn- und Gehaltsangleichung weiter fortgeschritten sein wird, erfolgt in einem letzten Schritt die vollständige Angleichung der Rentenwerte. Zum 1. Juli 2016 wird geprüft, wie weit sich der Angleichungsprozess bereits vollzogen hat und auf dieser Grundlage entschieden, ob mit Wirkung ab 2017 eine Teilangleichung notwendig ist.*

Das heißt im Klartext, in dieser Legislaturperiode wird nichts passieren, außer zu beobachten, wie sich die Rentenanpassung Ost und West entwickelt. Meldungen zu Minimalanpassungen machen dieser Tage ja bereits die Medienrunde...

Das Versprechen der Kanzlerin war 2009, die Angleichung Ost an West als Dringlichkeitsaufgabe zu sehen, die bis 2011 erledigt sein sollte. Die SPD wollte noch in der letzten Legislaturperiode mit dem Abschlussgesetz „soziale Härten“, die sich aus der Rentenüberleitung ergeben, mit einem Fonds ausgleichen, aber nur insoweit, wie man ansonsten in die Grundsicherung im Alter abrutscht...

Wirklich sozialen Frieden hätte auch das nicht gebracht. Wo bleibt die gleiche oder wenigstens ähnliche Behandlung von Ingenieuren, Professorinnen und Professoren oder Eisenbahnerinnen und Eisenbahnern Ost und West? Wo bleibt etwas Analoges wie der Steigerungsfaktor, den Beschäftigte des Gesundheitswesens im Alter für ihre verantwortungsvolle und schwere Arbeit erhalten sollten? Was wird mit den in der DDR Geschiedenen, die nach Bundesrecht oft mit einer Minirente aus ein paar wenigen Versicherungsjahren ohne Versorgungsausgleich

Wir grüßen und beglückwünschen unsere Frauen  
und unsere langjährige  
Verbündete und  
heutige Autorin zum  
Internationalen Frauentag

dasitzen? Auch der Missbrauch von Rentenrecht als politisches Strafrecht wird von keinem der Koalitionäre angesprochen. Von der neuen Ostbeauftragten Iris Gleicke (SPD) war zu all dem auch noch nichts zu hören...

Noch heute erinnere ich mich daran, welchen Muts es im Mai/Juni 1990 von der Volkskammer bedurfte, um in das „Gesetz über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/ Amtes für Nationale Sicherheit“, also für die Personengruppe, die als höchstbelastet angesehen wurde, das Doppelte der damaligen Sozialversicherungsrente zuzugestehen. Diese Gesetzgebung kann nicht dafür herhalten, dieser Personengruppe 1991 im Bundestag in Bonn nur noch 70 Prozent des durchschnittlichen Einkommens anzuerkennen. Ja, die letzte Volkskammer hat „Signalgesetze“ verabschiedet, wie sie Prof. Detlef Merten exzellent in seinem aktuellen Gutachten titulierte. Daher hoffe ich auch sehr, dass die laufende Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht einen Durchbruch für eine realistische Sichtweise bringt. Das wäre ein toller Beweis, wie sich parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten ergänzen können. Allerdings wäre es auch gut, wenn die herrschende Politik nicht laufend des Auftrags des Bundesverfassungsgerichts bedurfte, sondern eigenständig agieren würde.

Aber hierbei ist seit Ewigem solch ein Stillstand im Parlament - ein Musterbeispiel war die Anhörung zu der von ISOR initiierten Petition. Nur die Vertreter der LINKEN erwähnen überhaupt noch das Strafrecht bei der Rentenüberleitung. Es bedarf wohl des Impulses aus Karlsruhe, hier Bewegung in die Sache zu bringen.

Daher Dank an ISOR, dass so unermüdlich die Vorarbeiten geleistet wurden und auch von Betroffenen immer wieder der Gang zu den Gerichten gewählt wurde. Ich drücke ganz fest die Daumen für Karlsruhe...

Auch für DIE LINKE im Bundestag bleibt die Initiativfunktion, die Probleme immer wieder in Gänge anzusprechen. Wenn man jetzt die Diskussionen um die sogenannte Mütterrente aufmerksam verfolgt, fällt auf, dass zwar beklagt wird, dass die Kinder im Osten wohl weniger Wert seien, aber ist irgendwo der Ruf zu hören: macht doch endlich reinen Tisch mit der Angleichung der Rentenwerte Ost an West? Wenn das sofort käme, überfällig, dann wären auch die Kinder gleich viel wert...

Zu beachten ist auch, dass das Beseitigen der Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen bei der Rentenüberleitung keine Sache allein der „ganz Alten“ ist. Wir steuern derzeit auf eine spezifische Ost-Armut zu, die neuen Handlungsdruck bringt. Immer mehr Menschen mit Mix-Biografien kommen jetzt ins Rentenalter. Wenn jemand 20 Jahre in der DDR gearbeitet hat und diese Zeit minder gewertet wird und in Wendezeiten

ein Bruch kam - der Beruf oder die Tätigkeit danach nicht mehr da waren - und so sich 20 Jahre von Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsmaßnahmen oder Selbständigkeit abwechselten und zum Schluss Hartz IV null Punkte aufs Rentenkonto brachte, ist eine spezifische Altersarmut vorprogrammiert. Diese neue Generation von Älteren muss solidarisch zum Wehren aktiviert werden. Das ist nicht nur eine Aufgabe von Verbänden, es

wird auch Aufgabe der Bundestagsfraktion der Linken sein, hier einen erweiterten Focus zu haben. Klar werden muss, dass nicht die einen gegen die anderen ausgespielt werden dürfen - nach dem Motto: Euch Alten geht es ja noch gut... Wenn die Probleme der Rentenüberleitung gelöst werden, haben alle etwas davon!

Nur Solidarität hat uns bisher geholfen und sie ist auch weiterhin notwendig.

### Aus der Arbeit des Vorstands

Der Vorstand unseres Vereins beschloss in seiner Sitzung am 19.02.2014, die unter Federführung der GBM gemeinsam mit der GRH gestartete Petition zur Rentenangleichung Ost an West nach besten Kräften zu unterstützen.

Der Vorstand ruft alle ISOR-Mitglieder dazu auf, sich durch ihre Unterschrift auf den dieser Ausgabe von **ISOR aktuell** beigefügten Listen an dieser Petition zu beteiligen und – soweit es ihnen möglich ist – weitere Unterschriften von Verwandten, Bekannten, Freunden oder Nachbarn zu sammeln.

Wir möchten diese Unterschriftensammlung bis zum 30.06.2014 beenden und spätestens dann die Unterschriftenlisten über die TIG bei der ISOR -Geschäftsstelle zusammenführen.

Diese Petition ist im ureigensten Interesse aller unserer Mitglieder und darüber hinaus aller Ostdeutschen, die bei gleicher Lebensleistung noch immer 8,5 % weniger Rente als Westdeutsche erhalten. In der aktuellen Debatte um die „Mütterrenten“ wird z.B. sichtbar, dass ein in Ostdeutschland geborenes Kind um 2,40 € schlechter bewertet wird, als ein in Westdeutschland geborenes.

Wir sind uns bewusst, dass die vom Grundgesetz geforderte Angleichung der Lebensverhältnisse vor allem eine Frage der Angleichung des Lohnniveaus ist. Deshalb wäre eine Angleichung der Rentenwerte bei gleichzeitigem Wegfall der sog. Höherbewertung ostdeutscher Löhne eine Mogelpackung. Noch immer verdienen ostdeutsche Arbeiter monatlich 400 – 450 € weniger als ihre westdeutschen Kollegen. 40 Prozent der ostdeutschen, aber nur 18,7 Prozent der westdeutschen Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnssektor. Die Einführung flächendeckender gleicher Mindestlöhne in Ost und West ist deshalb ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Ziel der Petition ist es, der Bundesregierung und den Abgeordneten des Deutschen Bundestages deutlich zu machen, dass die ständige Verschiebung der Rentenangleichung von einer Legislaturperiode in die nächste für viele Ostdeutsche nicht mehr hinnehmbar ist. Schnelle und vor allem verbindliche Regelungen sind erforderlich.

\*

Horst Parton informierte den Vorstand über seine Eindrücke als Gast des Europa-Parteitages der Partei DIE LINKE. Dem dort mit großer Mehrheit angenommenen Wahlprogramm der LINKEN zu den Europa-Wahlen für ein anderes, soziales, demokratisches und solidarisches Europa kann seitens ISOR nur zugestimmt werden.

\*

Manfred Volland berichtete über die von GBM, GRH, ISOR und dem Verband zur Traditionspflege der NVA und GT der DDR am 16.02. in Berlin organisierte Antikriegsveranstaltung anlässlich des 100. bzw. 75. Jahrestages des Beginns der Weltkriege. Auf der sehr gut besuchten Veranstaltung, die unter dem Motto stand „Der Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Frieden ist kein Geschenk“ entlarvte der Historiker Kurt Pätzold die aktuelle Geschichtsvergessenheit und deren Rolle bei der Vorbereitung und Begründung neuer Kriegsabenteuer. Für eine würdige und emotional ansprechende Umrahmung sorgte der Ernst-Busch-Chor.

\*

Der vom Schatzmeister vorgelegte Finanzplan für 2014 wurde vom Vorstand einstimmig gebilligt. Er sieht erstmals wieder ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben vor. Peter Speck verwies auf die große Spendenbereitschaft der Mitglieder. Das Spendenaufkommen war 2013 trotz Mitgliederzurückgangs mit 93.500,- € fast gleich hoch wie 2012. Viele ISOR-Mitglieder sind an den ca. 21.000 € Spenden für Wolfgang Schmidt beteiligt. Die ISOR-Spenden für hochwassergeschädigte Mitglieder betragen insgesamt: 50.302,-Euro.

Die Hochwasserkommission wird Rücksprache mit den 19 Betroffenen und deren TIG nehmen, um eine gerechte Verteilung der Solidaritätsgelder vornehmen zu können.

\*

Der von Horst Bischoff vorgelegte Entwurf eines überarbeiteten Beschlusses über die Aufgabenstellung und die Arbeitsordnung des Vorstandes und seiner Organe sowie über die Funktionsverteilung im Vorstand wurde mit geringfügigen Änderungen einstimmig angenommen.

\*

### „Anmut sparet nicht noch Mühe...“

die bekannte Kinderhymne Bert Brechts und Hanns Eislers, in einem Satz unseres Vereinsmitgliedes Hans-Joachim Bastian, der im Februar seinen 87. Geburtstag beging, war ein Höhepunkt des Konzerts des „Ernst-Busch-Chores“ am 16. Februar in Berlin im Rahmen einer großen gemeinsamen Antikriegsveranstaltung anlässlich des Gedenkjahres 2014 durch GBM, GRH, ISOR und den Verband zur Pflege der Tradition der NVA und GT. Bereits im Leitartikel von **ISOR aktuell** im Dezember 2013 wiesen Admiral a.D. Hoffmann und Generalleutnant a.D. Volland auf den Missbrauch des Gedenkens an die Opfer dieser beiden großen Kriege, die Verheimlichung und Verfälschung ihrer Ursachen und Hauptverursacher hin. Sowohl in der in der Februar-Information veröffentlichten „Willenserklärung“ der vier Veranstalter als auch in der Rede von Prof. Dr. Pätzold wurde allen Teilnehmern die Pflicht des deutschen Volkes, entsprechend den Regeln des Völkerrechts und des Grundgesetzes, dem Frieden in der Welt zu dienen, verdeutlicht.

Unter der gegenwärtigen Kräftekonstellation, wo vom Bundespräsidenten über die Verteidigungsministerin bis zum Außenminister versucht wird, die Führungsrolle der BRD in der EU und darüber hinaus zu installieren, kommt es darauf an, Hüter des Grundgesetzes zu sein, das jeden Bürger aufordert, „der Freiheit nach innen und dem Frieden nach außen zu dienen“.

Eine emotionale Veranstaltung, ein guter Auftakt für das Jahr 2014, das uns intensiv an den Friedenskampf mahnen wird. **H.-J.-Friedrich**



In **Strausberg** ist es üblich, dass ISOR, OKV, RotFuchs, GRH, der Verband zur Pflege der Tradition der Grenztruppen und der NVA, die DKP und Mitglieder der Partei DIE LINKE zusammen Veranstaltungen durchführen.

Mit Spannung beobachten wir die Entwicklung in der VR China; zumal die imperialistischen Hauptmächte mit den verschiedensten Mitteln und Methoden versuchen, Einfluss auf sie auszuüben.

Das 3. Plenum des ZK der KP Chinas, der Wechsel in der Führung der Partei und der Regierung wirft viele Fragen auf, die zu Diskussionen anregen.

Aus diesem Grunde luden wir den letzten Botschafter der DDR in der VR China, Rolf Berthold ein, der ein profunder Kenner des Riesenlandes ist.

Mit mehr als 100 Teilnehmern diskutierten wir aktuelle Fragen der Entwicklung der VR China. Rolf Berthold sprach über die Zusammenhänge der gegenwärtigen Aufgabenstellung. Er erläuterte, dass sowohl durch den 18. Parteitag der KP Chinas, als auch durch die Tagung des Nationalen Volkskongresses im November 2013 die Fortführung der 1978 eingeleiteten Veränderungen zum schrittweisen Finden des Weges zum sozialistischen Aufbau beschlossen wurden.

Die Zielstellung bestehe darin, Wohlstand für alle zu erreichen, neue Strukturen aufzubauen und das Land zu öffnen. Das 1979 formulierte Festhalten am sozialistischen Weg und damit dem gesellschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln, des Marxismus/Leninismus als Leitideologie der Diktatur des Proletariats und der führenden Rolle der KP Chinas sei bestätigt worden.

China befinde sich nach eigener Einschätzung in der Anfangsetappe zum Aufbau des Sozialismus, die auf etwa 100 Jahre veranschlagt wird. Dabei komme es auf eine erhebliche Steigerung der Produktion, des Lebensniveaus und der Lösung vieler sozialer Fragen an. Die Skeptiker seien an dieser Stelle an die Einführung der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP) durch Lenin nach dem Sieg über die Konterrevolution in der jungen Sowjetunion erinnert.

Die bisher erreichten Ergebnisse zeigten die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges, ohne dabei auftretende Probleme zu negieren.

Das 3. Plenum schätzte die Lage gründlich und kritisch ein.

Dabei überhebe sich die VR China nicht über andere, lasse sich von „wohlmeinenden Ratschlägen“ nicht beeindrucken und ist in-

zwischen ein beachtlicher Faktor der Sicherheit und Entwicklung in dieser Weltregion geworden.

H.-J.Friedrich

\*

Die Mitgliederversammlung der **TIG Salzwedel** stand ganz im Zeichen der Auswertung der Vertreterversammlung. Dazu hatten wir das Mitglied des Vorstandes Dieter Wittstock eingeladen. Mit großem Interesse wurden seine Ausführungen von den anwesenden Mitgliedern und Gästen verfolgt. Besonderes Gehör fand bei allen die Schilderung der gegenwärtigen Situation im Verein mit all seinen Höhen und Tiefen. An Hand konkreter Beispiele konnten die bisher erreichten Erfolge nachgewiesen werden und sind somit Ausdruck der Geschlossenheit und Zielstrebigkeit unseres gemeinsamen Handelns. In diesem Zusammenhang kann die Arbeit unserer Rechtsanwälte nicht hoch genug eingeschätzt werden und verlangt auch weiterhin all unsere Unterstützung. Im Verlaufe der Auswertung kam es zu interessanten Diskussionen, bei denen unser persönliches Engagement zur Fortsetzung unseres Kampfes um Herstellung der Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West hervorgehoben wurde. Eines unserer wichtigsten Ziele im Vorstand der TIG ist die weitere Festigung der Geschlossenheit durch geeignete Maßnahmen. Wir verstehen als Vorstand darunter auch die vielseitige Gestaltung unseres Vereinslebens. Neben politisch geprägten Aktivitäten führen wir auch eine Reihe anderer Veranstaltungen durch. So zum Beispiel finden jährlich ein Skatturnier, ein Sommerfest und das große Altmarktreffen statt. Im Herbst gibt es ein in der Altmark traditionelles Pellkartoffelesen. Auch die traditionelle Weihnachtsfeier hat bei uns ihren festen Platz. Unsere Frauengruppe trifft sich regelmäßig zu gemeinsamen Nachmittagen. So steht zum Beispiel im März ein Frauentagstreff mit Besichtigung der „Jenny Marx Ausstellung“ auf der Tagesordnung, da sich im Monat Februar der 200. Geburtstag der Tochter unserer Stadt jährte. Im Zusammenhang mit der Festwoche zu Ehren Jenny Marx' nahmen Vorstandsmitglieder an den öffentlichen Veranstaltungen teil. Unser gesamtes Handeln ist auf die Festigung des Vereins und die Gewinnung neuer Mitglieder ausgerichtet.

Willfrid Romatschke

\*

**Über eine Veranstaltung in der TIG Berlin-Marzahn berichtet Horst Reichard:** Zum Thema „Dem Gegner nicht die Zukunft überlassen – Chancen der sozialen Veränderungen in Lateinamerika“ sprach am 20. Februar Dr. Winfried Hansch, Vorsitzender der Alexander von Humboldt Gesellschaft e.V., eine offene, unabhängige und demokratische Vereinigung von Freunden Lateinamerikas.

Dr. Hansch war elf Jahre im diplomatischen Dienst der DDR in Lateinamerika und vermittelte eindrucksvoll Wissen über die dortigen sozialen Kämpfe. Er sprach über die einzelnen Führer der sozialen Bewegungen und Völker, die in enger Verbundenheit den Weg der sozialen Befreiung beschreiten und sich gegen die Angriffe der Rechten wehren und schilderte auch die Versuche der USA, der fortschrittlichen Entwicklung entgegen zu wirken.

Er vermittelte, wie sich der Einfluss Kubas in dieser Region darstellt. Die solidarische Hilfeleistungen finden große Anerkennung durch die Menschen.

Tausende Ärzte aus Kuba leisten Vorbildliches in der Hilfe bisher unterdrückter Völker. Die TIG Marzahn beabsichtigt, thematische Veranstaltungen dieser Art fortzuführen. So wird eine Veranstaltung im April/Mai zur Entwicklung in Kuba stattfinden.

Geprüft wird eine Veranstaltung zur Entwicklung in der Ukraine.

**Rolf Uhlig ergänzt in einem Leserbrief:**

Der Besuch einer Veranstaltung am 20.02.14 in der **TIG Marzahn** und einer Veranstaltung von CUBA SI am 15.02.14 in Köpenick haben mich veranlasst, zur Feder zu greifen.

Mitte Dezember 2013 trafen sich in Madrid auf dem IV. Kongress der Partei der Europäischen Linken (EL) 30 europäische Linksformationen. Als Gast sprach der Vizepräsident Boliviens, Alvaro Garcia LINERA.

Zum Schluss seiner brillanten Rede formulierte LINERA: „Die Neuordnung der sozialen Klassen in Europa und weltweit wird zu anderen Formen von Zusammenschlüssen führen, flexibleren und weniger organischen Formen, die vielleicht stärker gebiets- und weniger arbeitsstättenbezogen sind. Notwendig ist dabei alles:

Zusammenschlüsse an den Arbeitstätten, gebietsbezogene Zusammenschlüsse je nach Thematik, je nach Ideologie usw.

Es ist eine Reihe flexibler Strukturen, denen gegenüber die Linke in der Lage sein muss, sich gestalterisch einzubringen, Vorschläge zu unterbreiten, einend zu wirken und schließlich voranzukommen.“ Und weiter: „Lasst mich einen Wunsch bzw. Aufruf an Euch richten: kämpft, kämpft, kämpft!

Lasst uns, die anderen Völker, die an manchen Orten wie in Syrien, teils in Spanien, in Venezuela, in Ecuador, in Bolivien, auf sich gestellt kämpfen, nicht allein. Lasst uns nicht allein, wir brauchen Euch, und erst recht Europa, das uns nicht aus der Ferne sieht, was in anderen Teilen der Welt vor sich geht, sondern ein Europa, das wieder von Neuem beginnt, die Geschicke des Kontinents und die Geschicke der Welt mitzubestimmen.“

Der Vorsitzende der Alexander von Humboldt-Gesellschaft, Winfried Hansch, erläuterte in kompetenter sachlicher Art und mit vielen praktischen Beispielen unterlegt, die „Chancen der sozialen Veränderungen in Lateinamerika“.

Diese Veränderungen erfolgten in Lateinamerika von „unten“ durch nationale Strömungen, sozialdemokratische Parteien, starke antikapitalistische und antiimperialistische Bewegungen, nicht zuletzt durch aktive Unterstützung von Christen (Katholische Kirche) und den Gewerkschaften.

Keinesfalls möchte ich den interessanten, einstündigen Vortrag von Winfried Hansch hier wiederholen oder kommentieren. Das können die vielen anwesenden Freunde und Genossen in ihren Bereichen tun.

Wir als Mitglieder von ISOR, als eine starke linke Kraft, sollten solche Veranstaltungen, wie sie die TIG Marzahn organisiert hatte, fortführen.

### Aus der Postmappe

Der Aufruf kommt aus dem Munde des ersten Sprechers dieses Staates, Bundespräsident Gauck, in seiner Rede auf der Sicherheitskonferenz in München. So sagte er, Deutschland müsse bereit sein, mehr zu tun für die Sicherheit. Die Bundesrepublik solle sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen. Und dann lässt er die Katze aus dem Sack: „Manchmal

kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. Eines haben wir in Afghanistan gelernt: Der Einsatz der Bundeswehr war notwendig.“ Und weiter: „Gerade wenn die Vereinigten Staaten nicht ständig mehr leisten können, müssen Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich sein.“ Der oberste Repräsentant Deutschlands sprach es deutlich aus: „Als äußerstes Mittel ist dann der Einsatz von Militär möglich.“

Gauck steht als Pfarrer in der Tradition der Kirche. Schon Päpste haben zum Krieg aufgerufen. Von einem Christen sollte man mehr Respekt vor dem Leben erwarten. Aber er ist nicht allein. Die Christin und siebenfache Mutter, „Kriegsministerin“ von der Leyen stößt in das gleiche Horn. So äußerte sie auf der Sicherheitskonferenz: „Deutschland soll also mehr tun und sich auch mit der Bundeswehr deutlicher an Missionen beteiligen.“ Warum sollte eine mehrfache Mutter Skrupel haben, Kinder anderer Mütter in Kriegen zu verheizen? Gegenwärtig sind rund 4.900 Soldaten in über zehn Ländern im Ausland eingesetzt. Bisher kamen 103 deutsche Soldatinnen und Soldaten bei Auslandseinsätzen ums Leben (Quelle: Wikipedia). Nach den Auslassungen von Bundespräsident und Verteidigungsministerin ist die Gefahr akut und groß, dass diese Bilanz noch trauriger ausfallen wird. An dieser Stelle treffen die Worte des römischen Dichters Ovid zu: „Wehre den Anfängen!“ Obwohl, angefangen hat es viel früher – Mit der Staatsgründung der Bundesrepublik Deutschland.

Jürgen Darmer

\*

Meine TIG Oranienburg, deren „finanzielle Chefin“ ich bin, hat derzeit 185 Mitglieder und gehört damit sicher zu den kleineren unserer Gemeinschaft. Da unser Einzugsbereich die Altkreise Oranienburg und Gransee- jetzt Oberhavel, umfasst, sind

ländliche Gegenden vorwiegend, wo wir leider nicht immer einen Betreuer für unsere dort lebenden Mitglieder haben. Zu unserer TIG gehören auch vier Mitglieder, die in den alten Bundesländern zu Hause sind.

Alle diese unsere „Mitkämpfer“ erhalten natürlich monatlich die „ISOR aktuell“ und alle wichtigen Informationen, wie z.B. Einladungen zu unseren TIG-Veranstaltungen oder auch Geburtstagsgrüße, aber eben leider nur auf dem Postweg. Und weil oftmals der Gesundheitszustand, die Entfernung, der Alterungsprozess und viele andere Gründe einen persönlichen Kontakt nicht zulassen, bin ich froh und stolz, dass das Miteinander trotzdem in vielfältiger Form bestehen bleibt. Dazu gehören auch die persönlichen Mitgliedsbeiträge und Spenden, die direkt an ISOR e.V. Berlin überwiesen werden. Das ist auch Beispiel dafür, wie wichtig unsere Gemeinschaft für uns alle ist. Deshalb muss ich einfach in dieser Form mal Danke sagen! In diesen Dank möchte ich auch unbedingt alle die einbeziehen, die seit vielen, vielen Jahren für unsere TIG und für unseren Verein aktiv unterwegs sind. Ihr alle seid für mich die „stillen“ Helden unserer Gemeinschaft!

Brigitte Rosadzinski

### Solidarität mit den „Cuban Five“

Fünf kubanische Patrioten wurden in den USA zu unmenschlichen Haftstrafen von bis zu mehr als 3 x lebenslänglich verurteilt. Nach 15 Jahren sind erst zwei von ihnen freigelassen worden. Ihr ganzes Verbrechen bestand darin, ihre Landsleute vor Terror beschützen zu wollen. Wer sich im Internet an einer internationalen Aktion für ihre Freilassung beteiligen will, sollte das über

[www.voicesforthefive.com/voices](http://www.voicesforthefive.com/voices) tun.

### Zwischenruf

Die Großmächte in dieser Welt kämpfen nicht in erster Linie für den Frieden, sie kämpfen natürlich egoistisch für ihre geo-strategischen Interessen. Wir hingegen nennen die Dinge klar beim Namen: Tote sind Tote und keine Gefallenen. Das Militär ist nicht die Heilsarmee und auch wenn nun Wickel-tische und Spieglecken in der Truppe einziehen sollen – ein Kriegseinsatz ist nun mal ein Kriegseinsatz und eben kein Familienausflug!

Katja Kipping auf dem  
Europa-Pareitag der LINKEN

Wie bereits in unserer vorigen Ausgabe berichtet, findet nun der angekündigte **Prozess gegen Mitglieder der FDJ wegen des Tragens verfassungswidriger Symbole** statt.

Er ist für

**Mittwoch, 2. April, 13 Uhr, im Amtsgericht Berlin-Tiergarten, Turmstraße 91 anberaumt.**

Über das Ergebnis werden wir berichten.

## Lesenswert

Georg Grasnick

### No Change

**Obama übt Kontinuität. Eine Dokumentation** (Im Selbstverlag des Autoren, Dezember 2013) 117 Seiten, und zehnteitiges Quellenverzeichnis)

Prof. Dr. Georg Grasnick hat im Selbstverlag eine Dokumentation zur Geschichte und Gegenwart der Außen- und Sicherheitspolitik der USA vorgelegt, die für das Verständnis ihrer in Form und Inhalt oft katastrophalen Entscheidungsfindungen von Wert ist und Hintergrundinformationen auch aus historischem Sachzusammenhang vermittelt. Ausgangspunkt ist der religiös und mystisch verklärte Anspruch so ziemlich aller Präsidenten der USA, „God's own country“ zu präsidieren und damit den Alleinvertretungsanspruch und den Maßstab für Freiheit und Demokratie in der gesamten Welt für sich zu reklamieren, - unbeschadet der Kultur und Tradition oder des überkommenen Rechts anderer Völker oder deren Demokratie- oder Freiheitsauffassungen auch nur im Ansatz zu respektieren.

Obama hebt, wenn er von „amerikanischer Einzigartigkeit“ spricht, die Rolle und Stärke der Waffen hervor. Als er im Dezember 2009 den Friedensnobelpreis erhielt, wurde das mancherorts als Vorschuss und Verpflichtung für künftige Friedenstaten ausgelegt. „Versprochen hatte der Preisträger viel, sehr viel“, betont der Autor, und belegt dann – umfangreich quellengestützt - das System und die Wirkungen gebrochener Friedensversprechen.

Wir empfehlen die Nutzung dieser ausgezeichneten Dokumentation über unsere Internet – Seite, die der Verfasser freundlicherweise kostenfrei zur Nutzung durch unsere Leser zur Verfügung gestellt hat, damit an das

Anliegen der gemeinsamen Antikriegsveranstaltung von ISOR, GBM, GRH und Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR vom 16. Februar 2014 anknüpfend (vergl. Willenserklärung der Veranstalter in „ISOR aktuell“ vom Februar, Seite 1) H.B.

\*

**Hans-Jürgen Gräfe / Karl-Heinz Kriz**

**Mittendrin. Die Berliner Volkspolizei 1989/90** edition ost, Berlin 2014, 396 Seiten, Preis: 16,99 € ISBN 978-3360-51025-9

Die vorgelegte Publikation, eine authentische Beschreibung der Ereignisse 1989/90, ist von zeitgeschichtlicher Bedeutung. Die Autoren sind verantwortliche Offiziere des ehemaligen Präsidiums der Volkspolizei Berlin. Sie vermitteln einen umfassenden Einblick in Aufgaben, Strukturen und Arbeitsergebnisse der Volkspolizei und der anderen Organe des Mdl, wobei sie die stete Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und das hohe professionelle Niveau der Bekämpfung der Kriminalität zum Schwerpunkt machen.

Ausführlich werden die Probleme im Zusammenhang mit Ordnungseinsätzen zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR und die daraus abzuleitenden Lehren behandelt. Auf das Verhältnis von Polizei und Bürgerbewegung wird anschaulich aufmerksam gemacht und der große Anteil der Polizei am friedlichen Verlauf der Umgestaltung ausdrücklich hervorgehoben. Eingehend werden die Aktivitäten der Leitung der Ostpolizei bei der Zusammenführung der Polizeien in Ost und West gewürdigt, doch wird auch ohne Umschweife darauf eingegangen, wie sich diese dann tatsächlich vollzog. Das Buch dürfte für einen weiten Personenkreis von Interesse sein. Auf seiner Grundlage lassen sich Diskussionen und weitere Untersuchungen führen. K.-H. Sch.

## Von Mitglied zu Mitglied

**Superschön-Urlaub in der Lausitz:** Hotel-Pension 14 Ü/VP 574 €, 7 Ü/VP 315 €, auch HP mgl. Idyllisch-ruhige Lage. Speisen im neuen Wintergarten mit Blick ins Grüne. Fahrradverleih, Busfahrten u.v.m. Prospekt: **Tel. 035894/30470; www.pensionweiser.de**

## Impressum

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19  
**V.i.S.d.P.:** Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss:** 26.02.2014

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 26.03.2014

**Einstellung im Internet:** 04.04.2014

**Auslieferung:** 10.04.2014

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316  
Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat  
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

Postfach 700423 – 10324 Berlin

**E-Mail:** ISOR-Berlin@t-online.de

**Redaktion:** Isor-Redaktion@t-online.de

**Internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse  
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00  
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56  
BIC BELADEBEXX

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**  
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

**Sprechstunden der AG Recht:**

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr  
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29784315